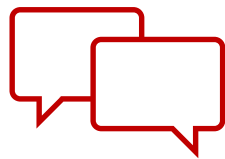




# WIR WÄHLEN SOZIAL



## Die Antworten

Kommunalpolitik ist wichtig! Hier werden die relevanten Entscheidungen für eine Region getroffen. Nirgendwo sonst sind politische Entscheidungen so direkt spürbar für die Menschen. Nirgendwo sonst können wir mit unserer Stimme so direkt Einfluss nehmen. Kommunalpolitische Entscheidungen bestimmen das Leben der Menschen vor Ort. Der Paritätische Wohlfahrtsverband mit seinen Mitgliedsorganisationen will diese Entscheidungen in der Gesellschaft mitgestalten. Denn: Das Soziale liegt uns am Herzen. Für die Wahl im März 2021 wünschen wir uns, dass parlamentarische Mehrheiten entstehen, die unsere Ziele voranbringen.

Wir wollen in unserer Region Lebensqualität, Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in einer solidarischen Gesellschaft verwirklichen.

Nach dem „Pandemie-Jahr“ 2020 stellen die Parteien neue Schwerpunkte der regionalen Politik für die nächsten Jahre. Die Pandemie hat unsere Gesellschaft auf allen Ebenen – lokal, regional und landesweit – vor große Herausforderungen gestellt und Diskrepanzen zugespitzt. Die Pandemie hat Entwicklungen beschleunigt – bspw. im Bereich der Digitalisierung – aber auch latente Probleme an die Oberfläche gebracht, bspw. die eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Uns ist es wichtig, dass Erfahrungen und positive Entwicklungen aus den letzten Monaten nachhaltig in die Arbeit der politischen Akteure, Entscheidungsträger\*innen, Gremien und Parteien einfließen und zugleich die Themen berücksichtigt werden, die jetzt besondere Aufmerksamkeit benötigen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist überparteilich und gibt keine Empfehlung zur Wahl einer bestimmten Partei.

Wir haben die Fraktionen in Stadt und Landkreis gefragt und Antworten erhalten von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen Stadt und Landkreis Fulda, CDU Stadt Fulda und SPD Landkreis Fulda.

## **Kommunen schaffen Räume.**

- ✓ Für Kinder und Jugendliche gibt es niedrighschwellige, außerschulische Bildungs- und Teilhabeangebote.
- ✓ In Kitas, Horten/Ganztagsangeboten und Schulen wird die personelle, sachliche und digitale Ausstattung verbessert.
- ✓ Frauenhäuser und andere Schutzräume für Frauen und Kinder sind bedarfsgerecht ausgestattet.
- ✓ Senior\*innen werden von der offenen Altenhilfe in ihrem Alltag begleitet.
- ✓ Frauen und Familien finden in Frauengesundheitszentren, Mütterzentren und Familienbildungsstätten Anlaufstellen.
- ✓ Suchtkranke und Wohnungslose werden mit Beratungs- und Gesundheitsversorgungsangeboten unterstützt. Notunterkünfte sind angemessen und menschenwürdig ausgestattet.
- ✓ Geflüchtete leben in Wohnungen; werden sie übergangsweise in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, gelten dort Mindeststandards.
- ✓ Bezahlbarer Wohnraum wird dauerhaft erhalten, kommunale Wohnungsbestände durch die Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft und durch eine soziale Boden- und Grundstückspolitik ausgebaut, Belegrechte müssen aufgekauft werden.
- ✓ Kommunale Wohnraumhilfen und kommunale Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten werden in allen Kommunen etabliert.
- ✓ Die gesundheitliche Beratung und Versorgung in ländlichen Regionen wird unter anderem durch wohnortnahe kommunale medizinische Versorgungszentren und Pflegestützpunkte sichergestellt.

## **Der Paritätische Hessen, Kreisgruppe Stadt und Landkreis Fulda, fragt:**

- ? Wie stehen Sie zur Gründung von kommunalen Wohnungsgesellschaften, um dauerhaft den Wohnraum für Menschen in besonderen Lebenslagen und mit jeglicher Art von Behinderung zu sichern? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit alle Menschen, unabhängig ihres sozialen Status und Art der Behinderung, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum erhalten?
- ? Wie stellen Sie sicher, dass der ländliche Raum ein attraktiver Lebens- und Arbeitsort für Menschen jeden Alters ist?
- ? Wie stellen Sie die gesundheitliche und ärztliche Versorgung von Menschen sicher, insbesondere von jenen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen Gesundheitseinrichtungen im ländlichen Raum nicht mehr selbst aufsuchen können?

## **Die Stadfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Die Stadfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert seit Jahren die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Wir sehen einen erhöhten Bedarf an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum. Kleine bezahlbare Wohnungen, innerstädtisch gelegen oder mit guter ÖPNV-Anbindung werden von Studierenden, Auszubildenden, Geflüchteten, Alleinerziehenden, Erwerbslosen oder von alleinstehenden älteren Menschen beansprucht. Um dem Bedarf an diesem Wohnraum gerecht zu werden, sollte städtische Baufläche durch entsprechende Vorgaben bei der Quartiersplanung und Stadtentwicklung beachtet werden. Als

zusätzliches Instrument sehen wir den Ankauf von Belegungsrechten. Mehrgenerationenprojekte gehören für uns zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung und sollten entsprechend bei der Entwicklung neuer Baugebiete berücksichtigt werden.

Der demografische Wandel stellt uns in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen, und dies nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in unseren Städten. Um insbesondere den ländlichen Raum für Menschen jeden Alters als Lebens- und Arbeitsort attraktiv zu gestalten, muss neben einem flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes, mit dem Schwerpunkt auf Gewerbegebiete, Schulen, Verwaltungs- und Gesundheitseinrichtungen, eine gute medizinische Versorgung ebenso gewährleistet sein wie Ganztagschulprogramme, ausreichende Angebote im Bereich der frühkindlichen Bildung und ein vielfältiges Kulturangebot vor Ort. Nicht zu vergessen ist zudem ein kommunales Mobilitätskonzept, das nicht ausschließlich auf der Nutzung des eigenen PKW basiert.

Uns ist bewusst, dass der Rückgang von Arztpraxen im ländlichen Raum bei vielen älteren Menschen zu Verunsicherung führt. Deshalb setzen wir uns weiterhin für Gemeindeschwestern, Gesundheitszentren je nach Bedarf als Teil der Gesundheitsversorgung und für die Förderung von Praxen im ländlichen Raum ein.

### **Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Auf Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN wurde eine Wohnraumstudie für den Landkreis Fulda in Auftrag gegeben, auf dessen Grundlage wir seit Jahren Forderungen stellen. Für den Landkreis sehen wir unterschiedliche Bedarfe. Hier unterscheidet sich der ländliche Teil des Kreises von der Stadtregion. Hier sehen wir einen erhöhten Bedarf an bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum. Kleine bezahlbare Wohnungen, stadtnah gelegen oder mit guter ÖPNV Anbindung werden von Studierenden, Auszubildenden, Geflüchteten, Alleinerziehenden, Erwerbslosen oder von alleinstehenden älteren Menschen beansprucht. Während wir in der Fläche mit großen Wohnflächen und Leerstand Attraktivität für Sanierung und neue kreative Ideen schaffen müssen.

Der Landkreis Fulda als Flächenlandkreis muss sich sowohl im ländlichen Raum als auch in seinen Städten dem demographischen Wandel und dem mit ihm einhergehenden Veränderungen stellen. Der Wohn-, Arbeits- und Lebensraum soll attraktiv gestaltet sein. Durch den flächendeckenden Ausbau von Breitband soll Arbeiten, Lernen, Verwaltung, Gesundheit und medizinische Versorgung gewährleistet sein. Wir brauchen ein buntes Leben, Lernen und Kultur vor Ort. Und für all das brauchen wir ein umfassendes Mobilitätskonzept, welches nicht auf dem Individualverkehr basiert.

Der Rückgang von Arztpraxen im ländlichen Raum steht vor aus, er verunsichert nicht nur ältere Menschen, sondern verringert auch die Attraktivität in der Fläche zu leben. Wir setzen uns deshalb ein für den Ausbau von Gesundheitszentren und die Beibehaltung von Gemeindeschwestern.

### **Die Stadtratsfraktion der CDU antwortet:**

Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften: Wir als CDU stehen für eine attraktive städtische Wohnbauförderung, hierfür wurden in den vergangenen Jahre jeweils über 2 Mio. Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Alleine in den vergangenen 5 Jahren sind in Fulda ca. 1.700 Wohnungen entstanden und es wird stetig weiter

neuer Wohnraum geschaffen, z.B. Quartier Waidesgrund mit ca. 300 Wohnungen (in gemischter innerstädtischer Wohnform inkl. Erholungs- und Grünflächen), ein Wohnquartier in Haimbach mit ca. 380 Wohnungen und insgesamt 69.000 m<sup>2</sup> bebaubarer Fläche. Weitere Neubauf Flächen z. Bsp. in Bronnzell und Kämmerzell werden folgen. Aktuell entstehen in der Langebrückenstraße 14 insgesamt 86 unterschiedliche große Wohneinheiten für 250 Bürger. Bezahlbarer Wohnraum und Wohnbauförderung ist uns wichtig. Die Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ist für uns allerdings kein adäquater Lösungsansatz, weil alleine mit der Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft keine einzige zusätzliche Wohnung entsteht. Vielmehr ist auch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft auf bebaubare Grundstücke angewiesen, die oft in privater Hand sind, und durch die Förderung von Baumaßnahmen in Kombination mit Investitionen von gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften oder privaten Investoren kann deutlich mehr zusätzlicher Wohnraum in gleicher Zeit entstehen. Die in diesem Zusammenhang zu vereinbarende Sozialbindung der Wohnungen stellt sicher, dass der Wohnraum bedürftigen Wohnungssuchenden zugute kommt. Aktuell können mit der Förderung attraktive Wohnungen mit einem Mietpreis in Höhe von 5,95 € pro Quadratmeter angeboten werden.

Ferner gilt es zu beachten, dass Probleme bei der Wohnungssuche bestimmter Menschen durchaus auch andere Ursachen haben können, wie z.B. Zahlungsschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten oder Suchtprobleme. Diese Probleme lassen sich aber nicht mit einer geänderten Wohnungspolitik, sondern nur mit sozialpolitischen Maßnahmen lösen.

Sicherstellung attraktiver Lebensbedingungen im ländlichen Raum und ärztliche Versorgung: Als CDU stehen wir für attraktive Lebensbedingungen in der Stadt Fulda und stehen auch zu unserer Verantwortung für die gesamte Region Osthessen. Das in städtischer Trägerschaft geführte Klinikum Fulda ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass wir Verantwortung durch hohe finanzielle Zuschüsse für den ländlichen Raum seit Jahren tragen und zu dieser Verantwortung auch weiterhin stehen werden. Diese Verantwortung geht soweit, dass wir mit der Klinikum Gersfeld gGmbH als Tochtergesellschaft des Klinikums Fulda sogar Verantwortung für die medizinische und ärztliche Versorgung in der Rhön übernehmen. Mit unserer erfolgreichen Ausweitung der Mediziner Ausbildung in Fulda als Campus Fulda der Universitätsmedizin Marburg sorgen wir dafür, dass in den kommenden Jahren eine wachsende Anzahl von Medizinstudenten/innen ihre Praxissemester in Fulda ableisten werden und damit die Chance deutlich erhöht wird, dass diese sich dann hier in der Region niederlassen und damit die ärztliche Versorgung stabilisieren.

### **Die Stadtfraktion der SPD antwortet:**

Es muss endlich ein regionales Wohnraumkonzept erstellt und eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden! Da private Investoren vor allem in teuren Wohnraum investieren, muss der Landkreis eine aktive Rolle übernehmen, um Wohnraum zu bezahlbaren Preisen schaffen. Diese Forderung stellen wir seit Jahren – sie wird von den Mehrheitsfraktionen aber immer abgelehnt. Der Landkreis fördert bereits die Städte und Gemeinden bei Projekten im Wohnungsbau innerhalb von Ortschaften. Wir wollen, dass auch Privatleute gefördert werden, die vorhandene, ältere Häuser in Ortskernen renovieren und für den Eigenbedarf nutzen – so wird Wohnraum auf die heutigen Ansprüche angepasst. Die Nachfrage, gerade nach kleinerem und barrierefreiem Wohnraum steigt jährlich, auch hier muss der Landkreis

mit Förderprogrammen dazu beitragen, dass vorhandener Wohnraum entsprechend umgebaut werden kann.

Leider hat es der „freie Markt“, den andere Parteien propagieren, nicht geschafft, ausreichend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen.

Mobilität gewinnt immer mehr an Bedeutung, ob nun in der Stadt oder auf dem Land, auch wenn hier in den kommenden Jahren sicherlich vollkommen andere und individuelle Lösungen umgesetzt werden müssen. Eine Verbesserung für die Menschen in Stadt und Land Fulda wird aber nur dann erreicht, wenn endlich ein Konzept für die gesamte Region erarbeitet und umgesetzt wird. In den kommenden fünf Jahren muss ein öffentliches Nahverkehrsnetz für Stadt und Land Fulda entstehen. Den Menschen auf dem Land muss es möglich sein, die Stadt Fulda in einem vertretbaren Zeitrahmen und in einem festen Takt zu erreichen. Dazu gehört auch, dass Naherholungsregionen, wie z.B. in der Rhön, von den Menschen aus der Stadt zuverlässig erreichbar sind. Nur mit einem gut ausgebauten Netz und einem festen Takt wird der öffentliche Nahverkehr von den Menschen auch angenommen. Ein Verkehrskonzept muss alle Verkehrsmittel einbeziehen. Zu einer modernen Innenstadt gehören gut ausgebaute Fußgänger und Radfahrwege, hier ist insbesondere in der Stadt Fulda noch viel möglich und zu tun. Selbstverständlich gehört auch der Individualverkehr (z.B. private PKW) im ländlichen Bereich dazu. In den kommenden Jahrzehnten wird dieser nur bedingt ersetzbar sein, da ansonsten viele Menschen ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum verlassen werden. Mit Park & Ride-Systemen, Carsharing usw. gibt es viele Möglichkeiten eines modernen Verkehrssystems für den Landkreis.

Wir wollen das Klinikum Fulda dauerhaft in kommunaler Trägerschaft halten. Da das Klinikum der Hauptversorger für den ganzen Landkreis ist, ist es erforderlich, dass auch der Landkreis neben der Stadt Fulda in die Trägerschaft eintritt – die Beteiligung des Landkreises muss dabei gleichwertig neben der Stadt Fulda stehen.

Wir müssen die hausärztliche Versorgung in unserer Region zukunftsfest machen. Mit lukrativen Angeboten für Hausärzte und unterstützenden Angeboten, wie zum Beispiel dem „Medi-Bus“, aber auch mit digitalen Sprechstunden lässt sich auch auf dem Land eine medizinische Grundversorgung sicherstellen. Wir wollen den Einsatz der schon früher erfolgreichen „Gemeindeschwester“ (und Gemeindepflegerinnen), um Hausärzte zu entlasten und Menschen die Möglichkeit zu erleichtern, in ihrem Zuhause alt zu werden.

Der Arbeitsmarkt unterliegt einem ständigen Wandel. Die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen stetig. Gleichzeitig breitet sich in Fulda immer mehr der Niedriglohnsektor aus und stellt damit insbesondere für Familien und Alleinerziehende ein nachhaltiges finanzielles Risiko dar. Auch wenn die Arbeitsmarktpolitik weitgehend in der Hand der Bundespolitik liegt, so kann und muss der Landkreis hier seine Möglichkeiten im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger nutzen und dies ist möglich bei:

- der Vergabe von öffentlichen Aufträgen: Der Landkreis und seine Städte und Gemeinden dürfen nur noch öffentliche Aufträge an Firmen vergeben, die auch Tariflöhne zahlen. Dabei müssen auch Subunternehmen einbezogen werden.
- der Bildung und Weiterbildung: Der Landkreis und seine Kommunen richten eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft ein. Diese ist insbesondere auf den bestehenden Fuldaer Arbeitsmarkt abgestellt und bildet Fachkräfte so aus, dass diese dann auch in den regionalen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe sind heute nicht in der Lage, diese Aus- und Weiterbildung zu leisten.
- der Sicherung und dem Ausbau des Wirtschaftsstandorts: Eine zentrale kommunale Beratungs- und Fördereinrichtung, die Firmen und Betrieben zur

Verfügung steht, um nachhaltige Produktionen mit dem Einsatz von regenerativen Energien zu ermöglichen.

- Infrastruktur im ländlichen Bereich: Eine Grundvoraussetzung für Firmen und Betriebe ist die schnelle und sichere Internetnutzung. Hier hat Corona die bestehenden Schwächen z.B. auch in den Bereichen Homeoffice und Homeschooling vielen Betroffenen aufgezeigt. Der Landkreis Fulda muss Gigabit-Region werden!

## **Kommunen schaffen mühelose Zugänge.**

- ✓ Öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen, Behörden, Ämter sind inklusiv, barrierefrei und für alle Menschen erreichbar und ansprechbar, unabhängig von sozialem Status, Deutsch- und Computerkenntnissen oder Art der Behinderung.
- ✓ Um Kommunikationsbarrieren abzubauen, werden die Kosten für Gebärdens-, Schrift-, Lormen- und professionelle Sprach-Dolmetschungsdienste übernommen.
- ✓ Der öffentliche Nahverkehr ist auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar, barrierefrei und wird insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut.
- ✓ Benachteiligte und arbeitslose Menschen werden durch lokale Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme und -politik beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt.
- ✓ Die sexuelle und reproduktive Gesundheit wird umfassend gefördert. Dazu gehören sexualpädagogische Beratung, der Zugang zu medizinischen Angeboten wie beispielsweise Schwangerschaftsabbruch und Alternativen.

## **Der Paritätische Hessen, Kreisgruppe Stadt und Landkreis Fulda, fragt:**

- ? Wie stellen Sie sicher, dass die Menschen unabhängig von ihrem Wohnort und Einkommen an die regionale öffentliche, soziale und kulturelle Infrastruktur angebunden sind?
- ? Wie stellen Sie sicher, dass Menschen mit Ämtern und Behörden mühelos bspw. in einfacher oder leichter Sprache kommunizieren können?
- ? In Osthessen gibt es keine Möglichkeiten eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Das stellt die Frauen teilweise vor unüberwindbare Hürden. Wie werden Sie sich, wird sich Ihre Partei künftig einsetzen, damit die Behandlung von Ärzt\*innen im städtischen Klinikum durchgeführt wird?
- ? Wie stellen Sie sicher, dass unabhängige Sozialrechtsberatungen ausgebaut werden, damit Menschen ihre Rechte kennen und wahrnehmen können?

## **Die Stadtfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Der öffentliche Nahverkehr sollte für alle Menschen bezahlbar sein, sei es über das Job-Ticket, das Schüler-Ticket oder das Senioren-Ticket. Die Taktung muss für Berufspendler, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende gleichermaßen attraktiv sein und auch die Teilhabe am kulturellen Leben in den Abendstunden und am Wochenende ermöglichen. Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir einen „Kulturpass der Stadt Fulda“ beantragt, ähnlich dem Kulturpass der Stadt Frankfurt, der die Teilhabe aller am kulturellen Leben ermöglicht.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt eine wichtige Daueraufgabe. Die Gewährleistung der Barrierefreiheit und die Verwendung der Leichten Sprache, auch bei Ämtern und Behörden, bleibt ein stetiger Prozess. Deswegen stärken wir den Behindertenbeirat in seiner Arbeit und suchen den Dialog. Frauen haben ein Recht auf einen diskriminierungsfreien und unbedrängten Zugang zur Schwangerschaftsberatung und zu den Kliniken und Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Dieses Recht darf nicht durch Abtreibungsgegner\*innen beeinträchtigt werden, Beratung und Versorgung muss für alle Frauen immer gewährleistet sein.

### **Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Wir brauchen einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen, durch Job-, Schüler- oder Senioren-Tickets. Die Vernetzung zwischen den Gemeinden und den Städten muss in seiner Taktung für alle Verkehrsnutzer\*Innen attraktiv sein – auch bei Schichtarbeit oder für die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen in den Abendstunden und am Wochenende.

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir uns eine Verpflichtung gegeben, Barrierefreiheit umzusetzen und einzufordern. Gerade im Kontakt mit Ämtern und Behörden erleichtert uns die juristische Verlässlichkeit die Umsetzung der „Leichten Sprache“ nicht. Hier brauchen wir zusätzlich barrierefreie Erklärungen.

Wir fordern eine Anlaufstelle für Frauen angesiedelt beim Gesundheitsamt des Kreises Fulda. Gesetzlich haben Frauen ein Recht auf Schwangerschaftsberatung und -abbrüche. Das Klinikum Fulda ist eine eigenständige Gesellschaft.

### **Die Stadtfraktion der CDU antwortet:**

Anbindung der Bürger und Bürgerinnen in die soziale und kulturelle Infrastruktur: Wir stehen für die Fortführung und weiteres Schaffen von Rahmenbedingungen, dass sich die Menschen in Fulda wohl und sicher fühlen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um junge Familien, Senioren oder Menschen mit Behinderung handelt. Fulda ist eine seniorenfreundliche Stadt. Wir unterstützen auch künftig den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden und privaten Bauvorhaben, die stetige Verbesserung der Begehrbarkeit und Befahrbarkeit der innerstädtischen Wegflächen, den Ausbau der sicheren und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechenden Nutzung von Straßen, Plätzen und Gehwegen (soweit im Rahmen von Corona möglich), sowie weiterhin Freizeit-, Sport- und Kulturangebote für Ältere und für Menschen mit Einschränkungen und die Förderung der Angebote der Träger für seniorengerechtes Wohnen und die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung in der Stadt Fulda. Aus unserer Sicht ist Fulda auch im Bereich der Gesundheits- sowie pflegerischer und medizinischer Versorgung hervorragend aufgestellt. Das von der Stadt Fulda getragene Klinikum ist ein Haus der Maximalversorgung mit qualitativ hohem Versorgungsniveau. Wir sprechen uns ausdrücklich dafür aus, dass das Klinikum Fulda auch weiterhin mit der Unterstützung des Landkreises in kommunaler Trägerschaft bleibt. Hinzu kommen private Kliniken sowie das Herz-Jesu-Krankenhaus und das Hospiz St. Elisabeth, das schwerstkranken und sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase pflegerisch, medizinisch und psychologisch betreut. Kaum eine andere Stadt bietet ein quantitativ und qualitativ ähnlich hohes Versorgungsniveau. Im Hinblick auf die immer älter werdende Bevölkerung sowie durchaus Mangel an ärztlichen und pflegerischen Fachkräften wird sich die CDU in Fulda auch in den kommenden Jahren besonders dafür einsetzen, das Angebot in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Medizin zu erhalten, zu optimieren und bedarfsgerecht auszubauen.

Aber auch die Infrastruktur für Familien ist uns wichtig. Wir engagieren uns für

- die Ergänzung der bereits bestehenden flexiblen Betreuungsangeboten
- Unterstützung und Hilfe im Netzwerk für Alleinerziehende
- Förderung des aktiven Kinderschutzes durch Unterstützung von Familien in Projekten wie EvA (Erziehung von Anfang an), BaBi (Begleitung am Beginn), Babytotsen als niedrigschwellige Ergänzung der frühen Hilfen und durch Hilfen bei Gewalt in der Familie sowie die Unterstützung der niedrigschwelligen Beratung für Eltern und Familien sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe
- Freizeitangebote für Eltern und Kinder innerhalb und außerhalb der Ferien
- Weiterführen der Kinderakademie
- Ausbau der Spielflächen für Kinder in den Stadtgebieten
- die zentrale Jugendarbeit wie z.B. am Jugendtreff in der Fulda Galerie sowie
- Kinderrabatt bei Baulandpreisen.

Wir fördern die soziale Infrastruktur im Rahmen der Förderprogramme Soziale Stadt, wie bereits erfolgreich installiert im Bereich Aschenberg, aktuell auch im Projekt Soziale Stadt Ostend/Ziehers-Süd und „Sozialer Zusammenhalt“ für das Nordend. Wir fördern die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung im Bereich Bauen und Wohnen, aber auch im sozialen und kulturellen Bereich.

Kommunizieren mit einfacher oder leichter Sprache: Die Stadt Fulda hat bereits vor zwei Jahren eine eigene Website in Leichter Sprache aufgebaut: [www.fulda-leicht.de](http://www.fulda-leicht.de). Im vergangenen Jahr wurde die Homepage der Stadt Fulda [www.fulda.de](http://www.fulda.de) überarbeitet im Sinne der EU-Richtlinie zu barrierefreien Webseiten, aktuell werden die Inhalte in Leichter Sprache dorthin migriert, um dann mit einer barrierefreien Website alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt gleichermaßen zu erreichen.

Ein eigener Bereich auf der städtischen Website informiert über relevante Themen für Menschen mit Behinderung.

Das Bürgerbüro/Wahlamt bietet Beratung zu Wahlmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen an, z.B. zu der Möglichkeit, eine Wahlassistenz in Anspruch zu nehmen. Auf der Homepage findet sich eine Liste von barrierefreien Wahllokalen.

Die Fachstelle Vielfalt und Teilhabe veröffentlicht regelmäßig einen Newsletter mit Neuigkeiten auch zum Thema Inklusion. Das für die meisten sozialen Themen zuständige Amt für Jugend, Familie Senioren erarbeitet derzeit ein Leitbild „Inklusives Amt 51“.

Nach unserer Einschätzung ist die Stadt Fulda durch die Errichtung der Fachstelle Vielfalt und Teilhabe in diesem Thema sehr gut aufgestellt und arbeitet in enger Abstimmung mit dem seit vielen Jahren bestehenden Beirat der Menschen mit Behinderung kontinuierlich an Verbesserungen.

Schwangerschaftsabbrüche im Städtischen Klinikum: Wir sehen es nicht als unsere kommunalpolitische Aufgabe an, in Osthessen sicherzustellen, dass Abtreibungen stattfinden können. Die Entscheidung über die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen obliegt den einzelnen Ärztinnen und Ärzten sowie den Krankenhäusern und entsprechenden Einrichtungen. Demgemäß hat die Bundesärztekammer nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz in § 13 Abs. 3 eine entsprechende Liste zur Verfügung gestellt. Tatsächlich befindet sich darauf keine Anschrift einer Klinik oder Arztpraxis in Fulda. Es ist aus unserer Sicht jedoch durchaus



zumutbar, auch Kliniken in der näheren Umgebung wie in Kassel, Aschaffenburg, Fulda, Hanau, Offenbach oder Frankfurt aufzusuchen.

Sicherstellung Sozialrechtsberatungen: Wir stehen für die Förderung der sozialen Infrastruktur durch Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Förderung von Integration und Inklusion, Netzwerkarbeit und die Unterstützung von sozial engagierten Vereinen und Projektarbeit. Trotz der Coronakrise wurden für den Haushalt 2021 59 Mio. eingestellt, das sind 32 % der Gesamtaufwendungen des Haushaltes. Uns ist bewusst, dass auch die freien Träger in der Coronakrise am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten stehen. Umso bewundernswerter finden wir, dass die unabhängigen Sozialrechtsberatungen, z.B. beim VdK, bei BDH, vom Beirat für Menschen mit Behinderung, der Ärztlichen Suchthilfe Fulda GmbH, dem Behinderten-/Sehbehindertenbund Hessen, dem Mütterzentrum eV, um nur einige Vereine zu nennen, angeboten und unterstützt werden. Wir möchten auch in den kommenden Jahren trotz der Coronakrise uns gerne dafür einsetzen, dass diese Sozialrechtsberatungen weiterhin stattfinden und im Rahmen der Möglichkeiten ausgebaut werden können.

### **Die Stadtfraktion der SPD antwortet:**

Teilhabe an Infrastruktur: Die Nutzung des ÖPNVs muss deutlich günstiger, bzw. in absehbarer Zeit sogar kostenlos werden. Er muss auch abends nutzbar sein, um nach einem Kino-, Theater- oder Konzertbesuch auch ohne PKW nach Hause zu kommen. Die Volkshochschulen bieten ihre Kurse für Menschen mit geringem Einkommen bereits kostenreduziert an. Auch die Freizeiten und die außerschulischen Bildungsangebote durch die Jugendämter werden bei Bedarf preiswerter angeboten. Eine „Fulda-Card“ wäre zu überlegen. Soziale Infrastruktur vor Ort muss politisch und finanziell gefördert werden. Wir wollen als SPD einen Kreisentwicklungsfonds, damit die Kommunen vor Ort über Notwendigkeiten entscheiden können.

Kommunikation: Grundsätzlich sollten alle Bescheide nicht nur im Amtsdeutsch, sondern auch in leichter Sprache versandt werden. Brisante Gespräche sind bei Bedarf mit Hilfe eines Dolmetschers oder einer Dolmetscherin zu führen. Bei einfachen Auskünften reicht es, wenn eine Begleitperson übersetzt. Dolmetscherdienste lassen sich auch in einer (Video-)Konferenzschaltung nutzen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden darin geschult werden, sich möglichst einfach und damit verständlich auszudrücken und auch nachzufragen, ob alles verstanden wurde. Bei allgemeinen Informationen, wie z.B. im Moment bei der Corona-Pandemie sollte es für Blinde und sehbehinderte Menschen, aber auch für alle Menschen ohne Internetzugang möglich sein, diese Informationen per Telefon abzuhören. Gerade während der Pandemie hat sich gezeigt, dass vieles digital möglich ist. Auch Menschen mit geringem Einkommen haben oft ein Smartphone zur Verfügung.

Schwangerschaftsabbrüche im Klinikum Fulda: Gerade im noch immer sehr konservativ geprägten Landkreis Fulda ist dies ein sehr zwiespältiges, sehr emotional besetztes Thema. Bisher hat der Gesetzgeber es so geregelt, dass kein Arzt, keine Ärztin zu einem Abbruch gezwungen werden darf. Das Thema muss sehr vorsichtig angegangen werden. Es wäre sicherlich einfacher, wenn der Bundes- bzw. Landesgesetzgeber Regelungen hierzu trifft. Zudem muss sichergestellt sein, dass Frauen ohne Spießrutenlauf weiterhin die Konfliktberatungsstellen aufsuchen können, um sich beraten zu lassen. Wichtig ist es bei dieser Frage auch, eine möglichst frühe Aufklärung darüber, wie sich ungewollte Schwangerschaften vermeiden lassen und dass Verhütungsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Grundsätzlich sagen wir, dass jede Frau eigenverantwortlich über ihren Körper entscheidet.

Rechte kennen und wahrnehmen: Die Angebote der freien Wohlfahrtspflege müssen weiterhin unterstützt und in Zukunft mehr Gelder eingestellt werden. Weiterhin kann der Landkreis Fulda auf den Kreisseiten und auch barrierefrei aktiv auf die Beratungsstellen hinweisen und für die Inanspruchnahme dieser werben. Teilweise wird dies schon im Internetauftritt des Landkreises getan, das Angebot ist jedoch ausbaufähig.

## **Kommunen engagieren sich für Demokratie, Mitgestaltung und Teilhabe und sichern die soziale Infrastruktur.**

- ✓ Städte und Gemeinden treten allen Formen von Diskriminierung sowie rechtsextremen oder rassistischen Haltungen entschieden entgegen und schaffen unabhängige Beschwerdestellen, Beratungs- und Präventionsmaßnahmen.
- ✓ Initiativen, die für eine solidarische Gesellschaft und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eintreten, werden unterstützt.
- ✓ Bürger\*innen werden bei kommunalen und gesamtgesellschaftlichen politischen Entscheidungen einbezogen, insbesondere für Migrant\*innen sowie Kinder und Jugendliche werden die Möglichkeiten dafür gestärkt.
- ✓ Schüler\*innen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe gestalten die Ganztagsgrundschule mit.
- ✓ Die Istanbul-Konvention wird umfassend umgesetzt und die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gefördert.
- ✓ Dafür braucht es eine integrative kommunale Sozialplanung unter Beteiligung aller sozialen Akteure, mit einem entsprechenden verlässlichen Sozialbudget und einer auskömmlichen Regelfinanzierung,
- ✓ Die Privatisierung zentraler Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wird verhindert. Im sozialen Bereich wird die Vielfalt der Angebote, die freie Träger garantieren, erhalten und gestärkt.

### **Der Paritätische Hessen, Kreisgruppe Stadt und Landkreis Fulda, fragt:**

- ? Ehrenamt braucht Hauptamt. Wie stellen Sie langfristig und nachhaltig die Existenz und Gründung von unabhängigen Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum sicher?
- ? Wie wollen Sie Menschen in Entscheidungen einbinden und Mitgestaltung ermöglichen?
- ? Wie stellen Sie sicher, dass Angebote für das öffentliche Gemeinwesen durch unabhängige, freie Träger nach dem Subsidiaritätsprinzip verwirklicht werden?

### **Die Stadtfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Das Ehrenamt zu stärken, ist eine der zentralen Aufgaben einer Kommune. Das Ehrenamt und das zivilgesellschaftliche Engagement sind der Kitt unserer Gesellschaft und verdienen Anerkennung und Würdigung, und das sollte nicht zur Floskel werden. Demokratie braucht Beteiligung – vor allem auch für junge Menschen. Jugendliche sollten über Jugendparlamente in politische Entscheidungen mit eingebunden sein. Bürger\*innen gleich zu Beginn in Planung und Entscheidungsfindung mit einzubinden, verbessert nicht nur die Akzeptanz, sondern verstärkt auch das Zugehörigkeitsgefühl.

Der Subsidiaritätsgrundsatz, festgeschrieben in § 4 Abs. 2 SGB VIII, gewährleistet die Trägervielfalt und das Wunsch- und Wahlrecht des Leistungsberechtigten. Ob das Angebot der freien Träger bedarfsgerecht ist, muss der öffentliche Träger im Rahmen seiner Gesamtverantwortung und seiner Gewährleistungspflicht feststellen. Zu beachten ist auch, dass sich Ansprüche der Bürger\*innen (z.B. auf einen Kindergartenplatz) ausschließlich an den öffentlichen Träger richten.

### **Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Ein starkes Ehrenamt ist ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Durch den Fachdienst Ehrenamt des Kreises, gibt es professionelle hauptamtliche Unterstützungs- und Beratungsstrukturen. Denn ehrenamtliches Engagement verdient Würdigung und Anerkennung.

Beteiligungsstrukturen von Bürger\*Innen bei Planungen, Konzeptionen und regionalen Entwicklungen gehört mittlerweile nicht nur zur demokratischen Entscheidungsfindung, sondern dient auch der Identifikation mit den lokalen Projekten. Wir setzen uns ein für transparente Bürger\*Innenbeteiligung.

Passgenaue Angebote entstehen in der Regel durch professionelle Experten in der Trägerwelt, die durch Ihre Nähe zu den Leistungsberechtigten deren Bedarfe am besten kennen.

### **Die Stadtfraktion der CDU antwortet:**

Ehrenamt: Egal ob im Sportverein, der Kirche, bei der Feuerwehr oder dem Rettungsdienst, überall erfüllen Ehrenamtliche in ihrer Freizeit wertvolle Aufgaben für das Allgemeinwohl, meist ohne angemessene Vergütung. Wir als CDU setzen uns für Stärkung von Ehrenamt und die Entwicklung von Ideen engagierter Ehrenamtlicher ein. Über das Land Hessen gibt es die Möglichkeit, die hessische Ehrenamts-Card mit Vergünstigungen lokal und hessenweit zu erlangen, wenn für das ehrenamtliche Engagement keine Aufwandsentschädigung vorgesehen ist und das Ehrenamt seit mehr als 2 Jahren und mehr als 5 Stunden die Woche ausgeübt wird. Darüber hinaus wird ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich über Landesmittel gefördert. Dies gilt es weiter auszubauen und zu unterstützen.

Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungen: Wir als CDU stehen für die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in kommunale Entscheidungen. Seit vielen Jahren laden wir während der Sommerferien alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Fulda zu Sommerbegehungen in die Stadtteile und in die Innenstadt ein. So haben wir in den letzten Jahren z.B. das Gelände der Landesgartenschau, die Schulen in Fulda, z.B. die Domschule und das Freiherr-von-Stein-Gymnasium sowie das Domgymnasium oder einzelne Projekte wie der Feuerwehr Fulda-Mitte und regelmäßig im Wechsel die einzelnen Stadtteile in Fulda besucht. Bereits im Jahr 2015 haben wir ein erstes Mitdenkforum veranstaltet, um gemeinsam Zukunftsideen zu entwickeln, die wir in unsere politische Arbeit integrieren können. Coronabedingt konnte das Mitdenkforum im Jahr 2020 lediglich in einem digitalen Format durchgeführt werden. Aber auch hier wurden uns viel wertvollen Hinweise für unsere zukünftige Arbeit und unser Kommunalwahlprogramm geliefert.

Wir begrüßen auch die aktive Bürgerbeteiligung der Stadt Fulda zu einzelnen Ideen und Projekten, so z.B. der L14, bei Bebauungsplänen, bei Entwicklung der nächsten Landesgartenschau oder der Online-Beteiligung für Bewohner des Quartiers Nordend,

um nur einige Beispiele für die Möglichkeiten zu nennen, bei denen sich Betroffene und engagierte Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess einbringen können.

Verwirklichung von Angeboten durch freie Träger nach dem Subsidiaritätsprinzip: Unsere Politik beruht auf dem christlich geprägten Verständnis vom Menschen und seiner Würde, wie es in unserem Grundgesetz Eingang gefunden hat. Dementsprechend richten wir unsere Arbeit für die Menschen nach den Grundsätzen von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität aus. Subsidiarität bedeutet für uns in erster Linie Wahrnehmung der eigenen Verantwortung, aber auch Hilfe zur Selbsthilfe dort, wo der Einzelne seine Verantwortung nicht selbstständig wahrnehmen kann. Wir glauben, dass die in Fulda tätigen freien Träger unabhängig von der Entwicklung der Stadt mitarbeiten und von uns Unterstützung finden. Wir sind offen für Anregungen und stets bereit, im Rahmen der finanziellen und freiheitlich demokratischen Möglichkeiten die von uns sehr wertgeschätzte Arbeit der freien Träger zu unterstützen und zu fördern.

### **Die Stadtfraktion der SPD antwortet:**

Gemeinsamen mit den Städten und Gemeinden muss Infrastruktur vor Ort geschaffen und unterstützt werden. Insbesondere ehrenamtliches Engagement, das Daseinsvorsorge schafft, muss finanziell unterstützt werden, das können Vereine nicht über ihre Mitgliedsbeiträge oder Gebühren finanzieren. Auch hier könnte der bereits erwähnte Kreiszukunftsfonds Abhilfe schaffen. Bei vielen Themen lässt sich die kreisweite Abstimmung zwischen dem Landkreis und den Städten und Gemeinden noch deutlich verbessern – im Sinne einer besseren Vernetzung ohne Bevormundung durch den Landkreis. Bürgerbefragungen, -beteiligungen und aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger sind der einzige Weg in einen modernen Landkreis Fulda, mit modernen Städten und Gemeinden. Der Landkreis Fulda arbeitet im Rahmen der Jugend- und Familienhilfe schon seit vielen Jahren sozialräumlich. Dies gilt es weiter auszubauen und Angebote z.B. auch für Seniorinnen und Senioren, sowie Menschen mit Behinderung zugänglich zu machen. Der Landkreis Fulda ist örtlicher Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger. Ebenso ist er teilweise zuständig für die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX. Eine gute Einrichtung ist die AG Sozialplanung, in der z.B. transparente und nachvollziehbare Förderkriterien erarbeitet wurden.

### **Kommunen bekämpfen die Corona-Pandemie.**

- ✓ Die kommunale soziale Arbeit wird aufrechterhalten und Behörden bleiben auch unter Infektionsschutzbedingungen und bei Kontaktbeschränkungen barrierefrei ansprechbar. Demokratische Gremienarbeit und Prozesse werden unter Beachtung der Corona-Regeln fortgeführt und aufrechterhalten.
- ✓ Es wird sichergestellt, dass freie Träger ihre soziale Arbeit in der Pandemie fortführen können. Besondere Bedingungen erfordern dabei oft innovative, kreative Lösungen, um sie umzusetzen gibt es bei Bedarf Finanzhilfen.
- ✓ Fallen Teilnahme-, Kurs- oder Elterngebühren durch die Corona-Krise aus, werden diese angemessen refinanziert.
- ✓ Die hygienischen Standards werden durch Baumaßnahmen in Schulen, Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose und sozialen Einrichtungen verbessert.
- ✓ Die fachliche Expertise von Betroffenen und Mitarbeitenden aus der Praxis wird einbezogen.

- ✓ Angebote wie Video- und Onlineberatung, die sich in der Pandemie bewährt haben, werden verstetigt, auch um für künftige Ausnahmesituationen vorbereitet zu sein.
- ✓ Die kommunale Schuldnerberatung wird ausgebaut, weil viele Menschen aufgrund der Corona-Pandemie in finanzielle Notlagen geraten.

### **Der Paritätische Hessen, Kreisgruppe Stadt und Landkreis Fulda, fragt:**

- ? Wie gewährleisten Sie, dass bei pandemiebedingten Einschränkungen Menschen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen weiterhin an öffentlichen Angeboten teilhaben können?
- ? Wie garantieren Sie, dass die Expertise von Betroffenen und Mitarbeitenden aus der Praxis einbezogen wird?
- ? Welche wichtigen Erkenntnisse haben Sie aus der Pandemie gezogen? Wie können diese in Konzepten für zukünftige Krisen berücksichtigt werden? Für welchen konkreten Maßnahmen setzen Sie sich in Ihrer Legislaturperiode ein?

### **Die Stadtfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Zunächst stand der Schutz vulnerabler Personengruppen im Vordergrund. Insbesondere ältere Mitbürger\*innen galt es von Beginn an vor einer Ansteckung mit Covid-19 zu bewahren, aber auch jene Menschen mit erhöhtem Risiko aufgrund von Vorerkrankungen oder Beeinträchtigungen.

Die Corona-Pandemie hat bislang insbesondere sozial benachteiligten Familien viel abverlangt, sei es durch beengte räumliche Verhältnisse oder fehlende IT-Ausstattung im Homeschooling, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die soziale Kluft, die sich möglicherweise durch Homeschooling vertieft hat, muss zeitnah überwunden werden. Wir brauchen ein gutes Beratungsnetzwerk, Familienzentren vor Ort, ausreichend Unterstützungsangebote an unseren Schulen und multiprofessionelle Teams in der frühkindlichen Bildung, um den Folgen der Pandemie gerecht zu werden.

Wir brauchen ein gut funktionierendes Netzwerk aus Ehrenamt und Hauptamt, um den gesellschaftlichen Herausforderungen in den kommenden Jahren begegnen zu können. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement sind solche Krisen nicht zu überwinden – unsere demokratische Gesellschaft lebt von der Bereitschaft vieler Menschen, verantwortungsvolle Aufgaben im Gemeinwesen zu übernehmen. Dieses Engagement gilt es zu fördern und aufrechtzuerhalten.

### **Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:**

Während im ersten Lock-Down besonders der Schutz vulnerabler Personengruppen und die mögliche Überlastung unseres Gesundheitssystems Priorität hatten, sind wir nun im zweiten Lock-Down auf das dringende Sinken der Fallzahlen angewiesen, um allen Menschen mit erhöhtem Risiko Schutz vor einer Ansteckung bieten zu können.

Die Corona-Pandemie hat allen Personengruppen und Familien viel abverlangt, besonders Familien in engen Wohnsituationen, Homeoffice und Homeschooling mit möglicherweise fehlender IT-Ausstattung wurden vor große Herausforderungen gestellt.

Diese entstandene Lücke auch im Bildungsbereich mit erkannt und überwunden werden. Dazu braucht es flächendeckende Familienzentren mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Schulen mit Nachmittagsbetreuung und

Weiterqualifikationen für Erzieher\*Innen im Bereich der kindlichen und frühkindlichen Bildung. Die Folgen der Pandemie müssen so früh wie möglich erkannt werden. Unser Netzwerk aus Haupt- und Ehrenamt begegnet genauso den gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre wie unsere Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen. Wir brauchen gemeinschaftliches Engagement aus der gesellschaftlichen Mitte, wir brauchen eine große demokratische Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt und jenes begonnene Engagement aufrecht erhält.

### **Die Stadtfraktion der CDU antwortet:**

Teilnahme von Menschen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen an öffentlichen Veranstaltungen trotz pandemiebedingter Einschränkungen: Die Coronapandemie ist eine echte Belastungsprobe für die Gesundheitsversorgung. Wir können daher leider keine abschließende Abschätzung abgeben, wie zukünftig die Teilnahme von Menschen mit Behinderung oder anderen Einschränkungen weiterhin an öffentlichen Angeboten aussehen kann. Die Frage der Impfungen sowie weiterer Schutzmaßnahmen werden durch die Stadt und andere Fachkräfte stets aktuell geprüft und weiterentwickelt. Natürlich hoffen wir, dass alle Menschen und Bevölkerungsgruppen bald wieder an kulturellen, sozialen und anderen Veranstaltungen teilnehmen können. Wie eine Garantie für die Einbeziehung von Betroffenen und Mitarbeitern aussehen kann oder welche Erkenntnisse aus der Pandemie gezogen werden und welche künftigen Konzepte berücksichtigt werden können, lässt sich ebenfalls aufgrund der aktuellen Situation nicht abschließend sagen. Wir können lediglich die Stadt Fulda darin bestärken, die Maximalversorgung durch Unterstützung des Klinikums Fulda als Garant für die bestmögliche medizinische Betreuung sicherzustellen, indem wir uns z.B. dafür einsetzen, dass das Klinikum weiter in kommunaler Trägerschaft bleibt.

Im Hinblick auf die finanziellen Einbußen hat sich erwiesen, dass die Politik der CDU Stadtverordnetenfraktion stets für nachhaltige und zukunftssträchtige Investitionen steht und kein Geld für sinnlose Projekte ausgegeben wird. Wir stehen für eine überlegte strukturierte und zukunftsorientierte Planung, um Fördergelder in sinnvolle Projekte zu investieren, so natürlich auch in die Förderung zur Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Veranstaltungen.

### **Die Stadtfraktion der SPD antwortet:**

Viele öffentliche Angebote sind durch die Pandemie eingeschränkt oder gar eingestellt. Vieles wird heute telefonisch, über Videokonferenzen, digital erledigt, was vor einem Jahr noch fast undenkbar war. Hierbei haben viele Verordnungen der Bundesregierung geholfen, z.B. die vereinfachte Antragstellung beim Kreisjobcenter. Es gilt zu überprüfen, was kann beibehalten, was sollte geändert werden. Als Oppositionsfraktion haben wir leider nicht den besten Einblick und sind auf Auskünfte aus der Verwaltung und von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen. Ligagespräche haben schon über einen zu langen Zeitraum nicht mehr stattgefunden, wir haben diese als hilfreich und gut informierend erlebt. Wir würden, sollten wir in die „Regierungsverantwortung“ kommen, Kontakt z.B. zur Liga der Wohlfahrtspflege aufnehmen und in die Diskussion kommen wollen, um Erfahrungsberichte einzuholen. Die Umsetzung der Istanbulkonvention wird ein wichtiges Anliegen werden, Gewalterfahrungen sind für die Betroffenen schlimm, oftmals sogar traumatisierend und kosten die Gesellschaft viel Geld, auch den Landkreis Fulda. Es gilt, den Kinderschutz weiterhin zu gewährleisten, hier hatte im vergangenen Jahr die hessische Landesregierung über Monate versagt.

Bauliche und Hygienevorschriften in Einrichtungen und Unterkünften müssen ebenfalls überprüft und ggf. angepasst werden. Uns ist aufgefallen, dass immer wieder Schulen, Kitas, Pflegeheime und Gemeinschaftsunterkünfte von Asylsuchenden z.T. eine hohe Anzahl von positiv Getesteten aufwiesen. Wir würden gerne auch das Land Hessen immer wieder an seine Verantwortung erinnern, dies ist z.B über den Landkreistag möglich.

Der Paritätische Hessen, Regionalgeschäftsstelle Fulda  
Petersberger Str. 21, 36037 Fulda | Tel. 0661 9019844 | [fulda@paritaet-hessen.org](mailto:fulda@paritaet-hessen.org)

Mit freundlicher Unterstützung der Glücksspirale

